

Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
24.07.2014	19.15 Uhr	21.50 Uhr	Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT: U. Höft, Vorsitzender
J. Jagusch, Protokollführerin

BEIRAT: siehe anliegende Liste

GÄSTE: Senator Ullrich Mäurer (Senator für Inneres und Sport),
Herr Schwarze (Vorsitzender des Landesschwimmsportverbandes),
Herr Dittel (Vorsitzender des Fördervereins zur Rettung des Uni-Bades)
Frau Rose (Leitung Abteilung 2 bei der Senatorin für Soziales, Kinder,
Jugend und Frauen),
Frau Göhmann (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen),
Vertreter des Übergangwohnheims Berckstraße,
Herr Feldmann (Revierleiter Horn-Lehe) und
Pressevertreter sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung
2. Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
3. Anträge aus dem Beirat
4. Informations- und Verfahrensstand Uni-Bad sowie Horner Bad
5. Vorstellung der Ist-Situation im Übergangwohnheim Berckstraße

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Beiratsmitglieder und die Bürgerinnen und Bürger. TOP 2 der Tagesordnung entfällt, weil das Protokoll derzeit noch nicht fertiggestellt ist. Da keine Anträge aus dem Beirat vorliegen, entfällt auch der TOP 4.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

Zu TOP 2: Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger fragt nach, ob dem Beirat ein Verfahrensstand über den Verkauf des Restaurantgebäudes Leher Heerstraße/Berckstraße bekannt ist. Dies wird verneint.

Nachfrage, wann mit dem Zebrastreifen auf der Höhe des Johanniter-Hauses zu rechnen ist. → Der Zebrastreifen wird zeitnah umgesetzt. Es gab Zeitverzögerungen während der Planungsphase.

In der Leher Heerstraße 118 hat sich eine Musikschule angesiedelt. Seitens eines Bürgers wird nachgefragt, ob dies der Beirat genehmigt hätte. Eine Nutzungsänderung ist dem Beirat nicht bekannt und muss zwingend angezeigt werden. → Das OA fragt bei der zuständigen Behörde nach.

Zu TOP 3: Informations- und Verfahrensstand Uni-Bad sowie Horner Bad

Der Senator erklärt, dass die drei Bäder Uni-Bad, Horner-Bad sowie West-Bad einen großen Sanierungsstau vorweisen. Im September soll der Senat die Entscheidung treffen, welche der Varianten zur Sanierung bevorzugt werden soll. Vorher möchte der Senator gerne das Meinungsbild der Beiräte der betroffenen Ortsteile erfragen.

Das Uni-Bad ist derzeit noch funktionsfähig. Es wird aber eine Frage der Zeit sein, bis das Bad nicht mehr gehalten werden kann. Kosten für den Abriss wurden bereits im laufenden Haushalt bereitgestellt. Die vollständige Sanierung des Uni-Bades wird mit 18 Millionen € kalkuliert. Der Bereich Wissenschaft/Universität hat hierfür keine Mittel zur Verfügung gestellt. Das Uni-Bad ist derzeit ein reines „Sportbad“ mit eingeschränktem Publikumsverkehr. Bei einer Schließung müssen die Belegungszeiten von Schulen und Vereinen auf andere Bäder umgelegt werden. Das Uni-Bad wird solange funktionsfähig gehalten, bis das Horner sowie/oder das West-Bad erweitert und saniert wurde.

Beim Horner Bad drückt das Grundwasser durch die Bodenplatte. Derzeit steht noch nicht fest, ob nach dem diesjährigen Winter der derzeitige Zustand gehalten werden kann. Das Bad muss saniert werden. Die Kosten werden mit 4 Millionen € beziffert.

Das West Bad gehört der Bädergesellschaft. Eine vollständige Sanierung kann durch die eigenen Rücklagen nicht finanziert werden. Die Sanierung wird mit 12 Millionen veranschlagt. Die hohen Betriebskosten der einzelnen Bäder sind unter anderem auch maßgeblich bei der Entscheidungsfindung.

Derzeit werden zwei Varianten geprüft. In beiden Varianten wird das Uni-Bad geschlossen. Bei der einen Variante wird das West-Bad erweitert und das Horner Bad saniert und es bleibt ein „Freizeitbad“. In der Variante 2 wird das West-Bad saniert und das Bad in Horn als Kombibad ausgebaut, damit dieses Bad dann auch von Schulen und Vereinen mitgenutzt werden kann. Überlegt worden sei, das Horner Bad mit einem Tragluftdach auszustatten. Dies sei aber zu kostenintensiv und verlange eine komplette Schließung des Bades während der Umbauphase. Kostengünstigere Varianten (reines Sportbad mit eingeschränktem Zuschauerplatz) habe man sich in Holland angeschaut.

Herr Mazur fragt nach, ob die gezeigte Planungsskizze sowie Freiraumplanung nunmehr die endgültige Planungsgrundlage sei. Dies wird verneint. Das Gesamtkonzept wird im September vorgestellt. In diesem Konzept sollen alle Bedürfnisse und Vorschläge einfließen. Bei einer Hallenlösung sollte auch die Möglichkeit gegeben werden, dass diese für das normale Freizeitangebot zur Verfügung steht. Herr Quaß kritisiert die massive Einschränkung des Freizeitangebotes im Horner Bad. Durch den Vereinssport müssten dann die Öffnungszeiten angepasst werden und das Angebot für die Öffentlichkeit minimiert. Ihm stellt sich die Frage, ob die Sanierung des Uni-Bades weiterhin unwirtschaftlich wäre, wenn die Behörde Einsparungen im Rahmen der Sanierung vornimmt. Die derzeit angesetzten 18 Millionen € für die Sanierung sind schwer nachvollziehbar. Darauf wird erwidert, dass die Plausibilität der Sanierung des Uni-Bades in der Tat für Außenstehende schwer nachvollziehbar sei. Die derzeitigen Öffnungszeiten des Uni-Bades sind für Berufstätige schwer zu realisieren, da das Bad am Wochenende geschlossen ist. Bei einer Erweiterung des Horner Bades werden die Öffnungszeiten entsprechend angepasst. Herr Koppel möchte die Vorstellung noch nicht bewerten, bevor dem Beirat nicht ein genaues Konzept vorgestellt wurde. Die derzeitigen Öffnungszeiten des Horner Bades seien zu gering. Eine Erweiterung des Bades sei unumgänglich, da die Besucherfrequenzen von zwei Bädern aufgefangen werden müssen.

Ein Bürger hegt die Befürchtung, dass die am Horner Bad zur Verfügung stehende Grundfläche verkleinert und die Restfläche verkauft würden, um die Sanierung zu finanzieren.

Der stellvertretende Beiratssprecher betont, dass die derzeitigen Schäden am Horner Bad vor 10 Jahren nicht ersichtlich waren. Er betont, dass sich die Uni-Sporthalle auch in einem schlechten Zustand befinde und über eine Sanierung nachgedacht werden sollte. Da die sportbetonte Schule an der Ronzelenstraße sich auch eine neue Sporthalle wünscht, würde eine gemeinsame Betrachtung durchaus denkbar sein.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass voneinander unabhängige Gutachten die einzelnen Sanierungsbeiträge ergeben hätten. Das Gutachten sieht eine vollständige Entkernung vor und beinhaltet 30% Planungskosten. Diese Berechnung sei bei öffentlichen Aufträgen üblich. Die derzeitigen Öffnungszeiten des Uni-Bades seien zu sehr auf den Bedarf von Schulen und Vereinen ausgelegt. Das Kombi-Bad würde die Bedarfe besser decken können.

Die Beiratssprecherin bezweifelt, dass durch den Wegfall des Studiengangs Sport die Universität weiterhin ein Interesse habe an dem Erhalt des Uni-Bades. Die dazugehörige Sporthalle gehört dem Ressort Bildung. Sie wünscht sich mehr Kompromissbereitschaft von allen Beteiligten. Aus ihrer Sicht ist es oftmals besser Gebäudekomplexe abzureißen, als sie aufwändig energetisch zu sanieren. Sie erhofft sich durch das Einrichten eines Kombibades, dass die Öffnungszeiten entsprechend angepasst werden und der Personaleinsatz flexibler erfolgen kann.

Der Fraktionssprecher der CDU befürwortet auch die Anpassung und Erweiterung der Öffnungszeiten. Er betont, dass der Beirat damals vor der Wahl stand, das Horner Bad „notdürftig“ zu sanieren oder zu schließen. Da der Beirat keine Schließung wollte, habe man sich auf eine kostengünstige Sanierung geeinigt. Die Verkleinerung der Wasserfläche wird seitens der CDU nicht befürwortet.

Der Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen sieht, dass die drei Bäder nicht vollumfänglich erhalten werden können und befürwortet die Planung, dass ein vorhandenes Bad erweitert werden soll. Das öffentliche Schwimmbad in Horn-Lehe wird somit weiterhin aufrecht erhalten. Die Öffnungszeiten des Uni-Bades müssten mindestens beibehalten werden. Eine Verkleinerung der Wasserfläche kann von seiner Seite aus auch nicht befürwortet werden. Vielleicht sollte eher dafür die Liegewiese entsprechend verkleinert werden.

Der Vorsitzende des Landesschwimmverbandes betont, dass für den Verband eine Standortverlagerung nicht in Frage kam. Deshalb habe man sich auf die Erweiterung des Horner Bades geeinigt. Für die Wahl dieses Standortes flossen einige Faktoren rein, z. B. eine verbesserte verkehrliche Anbindung (Machbarkeit durch das Amt für Straßen und Verkehr bestätigt) sowie eine Umsetzung ohne zusätzlichen Ankauf von Flächen. Auch wurde ein modernes Bad an diesem Standort gefordert. Der Vorsitzende des Fördervereins zur Rettung des Uni-Bades bekräftigt, dass immer noch der Erhalt des Uni-Bades favorisiert werde. Nach seiner Einschätzung sind die Sanierungskosten von insgesamt 18 Mill. € zu hoch angesetzt.

Nach Abschluss der Diskussion zieht der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen den fraktionellen Antrag zurück, und es wird über nachstehenden Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Bremer Senat auf, sich für den Erhalt des derzeitigen öffentlichen Angebotes des Unibades (50-Meter-Bahn, wettkampfgerecht) am bisherigen Standort bzw. in unmittelbarer Nähe zur Universität einzusetzen. Den Neubau eines reinen Vereinsbades, das vorrangig nur noch dem organisierten Vereins- und Schulsport und nicht mehr der Allgemeinheit zur Verfügung steht, lehnt der Beirat hingegen ab.

Der Beirat Horn-Lehe fordert darüber hinaus den dauerhaften und vollumfänglichen Erhalt des Horner Freibades. Eine Verkleinerung von Wasser- und Liegeflächen im Horner Bad wird nicht zuletzt unter Freizeit- und Gesundheitsaspekten entschieden abgelehnt, denn damit würde der Charakter des Bades als „Schwimmbad für alle“ unwiederbringlich zerstört, womit ein beträchtlicher Attraktivitätsverlust einhergehen würde.

Begründung

Der Bremer Senat betont immer wieder die wichtige soziale Aufgabe des Sportes im Allgemeinen und des Schwimmsportes im Speziellen. Wenn er dies ernst meint, muss das derzeitige Angebot von Unibad und Horner Bad für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Gerade in der letzten Zeit wurde festgestellt, dass immer weniger Jugendliche schwimmen können und damit bei der Ausübung von Freizeitaktivitäten wie Bootfahren usw. stark gefährdet sind. Außerdem hat das Horner Bad einen sehr hohen Freizeitwert für Kleinkinder und Jugendliche, besonders in den Ferienmonaten. Unibad und Horner

Bad bieten Schwimmerinnen und Schwimmern aller Altersgruppen ein unverzichtbares und dieser Form einmaliges Angebot im Bremer Nordosten. **(einstimmig)**

Abschließend bedankt sich die Beiratssprecherin bei den Fraktionssprechern der CDU sowie Bündnis 90/Die Grünen für die Ausarbeitung des interfraktionellen Antrages.

Zu TOP 4: Vorstellung der Ist-Situation im Übergangwohnheim Berckstraße

Die Abteilungsleitung bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen erläutert, dass allein im Mai 2014 40 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bremen kamen. Für diese Personengruppe müssen ein Schutz- und Erziehungsauftrag erfüllt werden. Derzeit werden weitere Betreuungsmöglichkeiten für ca. 30 bis 40 Jugendliche gesucht. Im Übergangwohnheim Berckstraße sind bereits alle zur Verfügung stehenden Plätze belegt. Die Zentrale Erstaufnahmestelle ist bereits überfüllt. Auch bei den Erwachsenen und Familien müssen Übergangsmöglichkeiten geschaffen werden.

Für die minderjährigen Flüchtlinge sind das Case-Management, Amtsvormund sowie die einzelnen zuständigen Träger verantwortlich.

Der zuständige Träger berichtet, dass es einzelne Vorfälle im Übergangwohnheim Berckstraße gab. Die auffälligen Jugendlichen wurden dann in die Jugendhilfe vermittelt. Die Jugendlichen in der Berckstraße würden länger bleiben als anfänglich gedacht. Die Sport- und Freizeitangebote des Übergangwohnheimes unter anderem in Zusammenarbeit mit dem TV Eiche Horn werden sehr gut angenommen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU kritisiert, dass weder die Konzepte der Träger, noch die per Beschluss aufgestellten Bedingungen des Beirates eingehalten werden. Auch sei es unverständlich, dass eine nächtliche Sperrzeit sowie Kontrollen auf den Zimmern zur Überprüfung der Anwesenheit nicht möglich sein sollen. Es geht nicht um Pauschalisierung, sondern um die strafrechtlichen Einzelfälle, in die einzelne minderjährige Flüchtlinge aus der Berckstraße verwickelt seien. Herr Koppel kritisiert, dass die vorstehenden Problematiken in einer Beiratssitzung öffentlich besprochen werden. Er befürwortet die Behandlung in einem nicht-öffentlichen Sitzungsteil, da aus seiner Sicht dort die Persönlichkeitsrechte der minderjährigen Flüchtlinge besser geschützt werden können. Herr Mäschtig betont, dass viele offene Fragen bereits beantwortet worden seien. Das Fehlverhalten kann man nicht befürworten, passiere aber oftmals bei Jugendlichen. Seitens der Behörde sowie der Einrichtung sei adäquat reagiert worden.

Die Behördenvertreter betonen, dass die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes in dieser Sitzung eingehalten werden. Der Amtsvormund wurde über die Problematiken informiert, hat aber die Informationen nicht entsprechend weitergeleitet. Eine „besondere“ Inobhutnahme gab es am 25. Juli 2014. Die Person wurde der ambulanten Betreuung zugeführt. Juristische Schritte wurden eingeleitet. Der stellv. Beiratssprecher fand es richtig, dass die Problematiken am „Runden Tisch“ vorab geklärt und erörtert worden sind. Er findet es aber auch richtig, in einem nicht-öffentlichen Teil den Beirat vollumfänglich zu informieren.

Anwesende Bürger befürworten die öffentliche Debatte.

Herr Koppel stellt einen Geschäftsordnungsantrag, über den sofort abgestimmt wird:

Beschluss:

Die abschließende Beschäftigung und Diskussion zu diesem Thema soll in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil erfolgen. **(Abgelehnt** bei 5 JA-Stimmen, 5 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)

Die Sitzung wird fortgesetzt. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die Hausordnung des Übergangwohnheimes komplett überarbeitet worden sei. Bei einem dauerhaften Verstoß gegen die Hausordnung müsse für den Verursacher eine neue Einrichtung gesucht werden. Die minderjährigen Flüchtlinge würden nicht eingesperrt und führten ein selbstbestimmtes Leben. Wenn eine Selbstgefährdung vorliege, werde die Person in eine Klinik eingewiesen. Die Einrichtung ist gerade dabei, mit allen Beteiligten individuelle Lösungen zu entwickeln, damit schneller und unproblematischer reagiert werden

könne. Oftmals sei aber der Träger machtlos bzw. sehr eingeschränkt in der Aufzeigung von Konsequenzen.

Abschließend schlägt der Vorsitzende vor, dass der Träger regelmäßig unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ über den aktuellen Sachstand aus dem Übergangwohnheim berichten könnte. Eine Behandlung wäre aber auch in einer Fachausschusssitzung oder beim Runden Tisch denkbar. Aus seiner Sicht wurden in der heutigen Sitzung die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für deren Ausführungen und Kommen.

Danach wird über nachfolgenden Geschäftsordnungsantrag abgestimmt:

Beschluss:

Aufgrund des Zeitverzuges werden die übrigen Tagesordnungspunkte auf die kommende Beiratssitzung vertagt. **(einstimmig)**

Ullrich Höft
- Vorsitzender -

Catharina Hanke
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -